



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 10. Februar 1887.

Nr. 67.

Preussische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 9. Februar. Bei der heute beendigten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preussischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

2 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 27340 186039.

16 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 4903 14300 56798 67367 72950 73114 83425 94997 97902 112906 130162 132014 146689 148630 161918 167760.

24 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 5860 6460 16820 26451 38381 38700 45054 47986 52079 61205 68617 84449 90494 95860 99750 117717 126762 128765 134306 163725 165624 166531 178853 179725.

23 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 7748 31643 34169 37409 48939 49280 92235 94182 98766 102925 114059 118406 123752 137987 140324 140675 143450 145686 146394 157638 167755 176412 176865.

Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Soviel steht schon fest, daß eine große Anzahl von den neuen Reichstagsabgeordneten, die ihrer sonstigen Gesinnung nach dem Centrum beigetreten sein würden, wegen ihrer Zustimmung zum Septennat aus dem Centrum ferngehalten werden. Wahrscheinlich werden auch viele frühere Centrums-Abgeordnete, die sich dem Centrum wieder angeschlossen, aus demselben ausgeschieden, nachdem sie sich vergeblich für das Septennat verhandelt haben werden. Denn das Centrum als solches scheint entschlossen zu sein, trotz des neuesten päpstlichen Erlasses auch im neuen Reichstag gegen das Septennat zu stimmen. Die Entschiedenheit, mit welcher die einzelnen Centrumsmitglieder die an sie gelangte Anfrage, ob sie für das Septennat stimmen wollten, mit Nein beantwortet haben, läßt ihnen keinen Rückweg offen. Herr Windthorst ist in Köln mit dem päpstlichen Erlass umgegangen, als ob derselbe ein Schulerfassung wäre; es ist also nicht anzunehmen, daß eine dritte, päpstliche Mahnung größeren Eindruck auf ihn machen werde als die zwei vorhergegangenen; der bayerische Edelmann v. Freudenstein, der die Mandate seiner Parteigenossen preisgab, ohne diese auch nur um ihre Meinung gefragt zu haben, hat vor seiner weltlichen wie geistlichen obersten Behörde überhaupt nicht mehr viel zu verlieren; es wird er wenigstens die Standhaftigkeit retten; — kurzum, das heutige Centrum hat sich, insbesondere kraft und in Folge des Windthorst'schen Auftretens in Köln, den Mühen verspart; die Septennatsanhänger werden im Centrum Aufnahme nicht finden, da die Wahlparole des Centrums lautet: „Für die Septennatsgegner!“ Es hieß doch auch gar zu schändlich an der freisinnigen und demokratischen Bundesgenossenschaft Hohn verüben, wenn man sich von ihr gegen das Septennat in den Reichstag wählen ließe und sich dann schließlich hinter die Mahnungen des Papstes, die man vor den Wahlen „unius assis“ ästimmte“, ja, als eine Ungehörigkeit behandelte, zurückzöge, um Herrn Eugen Richter in den Schlamm zu setzen. Verdient zwar hätten es die braven Freisinnigen, daß schließlich die Annahme des Septennats mit der Unterstützung des Centrums erfolgte; aber wir haben wenig Hoffnung, uns an diesem Schauspiel zu erlaben. Es wird im übrigen auch ohne das Centrum reichen. Wahrscheinlich wird, wie vom Freisinn in Wiederholung des früheren Vorgehens aus gleichem Anlaß eine liberale Gruppe sich lösen wird, so auch neben dem Centrum eine Art rechtes Centrum oder katholische Vereinigung sich bilden, die in kirchlichen Fragen mit dem Centrum, in den rein politischen in der Regel mit den gemäßigten Konservativen stimmen wird. Allem Anschein nach ist die Hoffnung begründet, daß beide neue Gruppen stark genug sein werden, um sich als besondere Fraktion einzurichten. Wenn ein sonst so ausschweifendes Blatt wie der „Westf. Merkur“ den Parteierreismus in der Septennatsfrage entschieden bekämpft, so beweist das nur, daß im Centrum bezüglich dieser Frage getrennte Meinung besteht,

wenn auch einhellige Abstimmung erpreßt worden war. Daß der Parteierreismus aufgegeben werde, ist ein frommer Wunsch des westfälischen Zentrumsblattes und wird wahrscheinlich überhaupt ein frommer Wunsch bleiben.

— Eine große Fabrik in Düren hat an ihre Arbeiter für die Wahlen mahnende Worte gerichtet, welche von der fortschrittlichen und ultramontanen Presse sofort in der schlimmsten Weise als unerlaubte Wahlbeeinflussung aufgefaßt und demgemäß behandelt wurden. Der Aufruf lautet in seinen Anfangssätzen:

„Arbeiter! Bei allen Wahlen hattet Ihr seither die volle Freiheit, zu stimmen, wie und für wen Ihr wolltet. So soll es auch bei der bevorstehenden neuen Reichstagswahl am 21. Februar gehalten werden. Aber ein Wort freundlicher Warnung solltet Ihr hören: Ihr wißt, die Hauptsache, um die es sich diesmal handelt, ist die Militärvorlage der verbündeten deutschen Regierungen, durch welche das deutsche Reichsheer der Zahl nach annähernd dem französischen gleichgestellt werden soll. Die Regierungen verlangen eine Bewilligung der dazu unerläßlichen Mehrkosten auf sieben Jahre, der Reichstag wollte nur für drei Jahre gewähren und nach Ablauf dieser Zeit über die Fortdauer der Bewilligung weiter beschließen. Die Regierungen erklären, drei Jahre sind für die Durchführung der erforderlichen Maßregeln nicht ausreichend und nach der Zeit darf der Armeebestand nicht von der zufälligen Zusammensetzung des Reichstages abhängig gemacht werden. Die Reichstagsgegner, wozu an die 70 Reichsgegner, Polen, Dänen, Elsaß-Lothringer, Sozial-Demokraten gehören, beharren bei ihrer Ablehnung. Unser alter Kaiser ermahnt sein Volk, die Wehrkraft des Landes in den Gefahren dieser Zeit hoch zu erhalten, der greise Feldmarschall Moltke: „Die Nichtbewilligung der Vorlage bedeutet den Krieg.“ Alles vergebens, die Reichstagsmehrheit, die nie Pulver gerochen, wills besser wissen, als unsere bewährtesten Heerführer, die auf zahllosen Schlachtfeldern gekämpft, und bringt lieber das Vaterland in Gefahr, als die eigene Meinung einmal unter der allgemeinen Noth der Zeit zu beugen.“ Dann folgt die Mahnung, einen rechtschaffenen Katholiken zu wählen, und der Hinweis darauf, daß die Arbeiter von den Arbeitgeber nicht Rücksicht und Mitleid zu erwarten hätten, wenn sie durch ihre Wahl mit dazu beitragen, die Kriegsgeißel herauf zu beschwören mit Geschäftsstodung, Arbeits- und Verdienstlosigkeit und allen Greueln und allem Elend im Gefolge, welche sie in erster Linie über den brodslos werdenden Arbeiter und seine Familie verhängt.“

Der Firma sind, was ihr gegenüber den Angriffen zum Troste gereichen mag, von vielen Großindustriellen Briefe zugegangen, welche um Exemplare des Aufrufs bitten, um ihrerseits an ihre Arbeiter mahnende Worte zu richten, was im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt Deutschlands von einigem Nutzen sein dürfte.

— In London ist es gestern, am Jahrestage des vorjährigen Bänderungsuges durch das Westend, doch noch zu Ausschreitungen gekommen. Die Sozialisten, so wird telegraphirt, hatten in Folge des Verbots der Polizei von dem für gestern beabsichtigten Fackelzug zwar abgesehen, veranstalteten am Abend aber eine öffentliche Kundgebung auf Clerkenwell Green. Nach dem Schlusse derselben wurden von einem Volkshaufen, der seinen Weg nach dem Osten der Stadt nahm, bei dem Durchziehen der Straßen mehrere Schaufenster eingeschlagen und mehrere Läden geplündert. Durch das Einschreiten der Polizei, welche mehrere Verhaftungen vornahm, wurde dem Unfuge schließlich ein Ziel gesetzt.

— In Rosenheim sprach am Sonntag Professor Dr. Sepp vor einer stark besuchten Wählerversammlung als ultramontaner Kandidat über Centrum und Kulturkampf. Der greise Redner führte u. A. Folgendes aus: „Der Papst will den Frieden, aber der Centrumsführer vereitelt alle Bestrebungen und will katholischer sein, als das Oberhaupt der Kirche. Das Septennat war nur ein zufälliger Anlaß zum neuen Ausbruch des Kampfes, worin Windthorst als der kleine David den gewaltigen Riesen niederzuwerfen meint, welcher mit einem Arme Frankreich,

mit dem andern Rußland von uns fern hält. Aber Bismarck ist kein Philister unter den Staatsmännern, sondern der größte Deutsche, den uns die Gnade der Vorsehung noch lange erhalten wolle. Wer von unseren bayerischen Reichstags-Abgeordneten es mit dem Centrum hält, ist kein Freund des Kaisers und Reiches, ebensowenig unseres Prinz-Regenten.“

— Ueber die Stimmung in Rußland wird der „Magd. Ztg.“ geschrieben: Petersburg, 5. Februar. Die Stimmung hier hat sich nach dem Verbot der Pferdeausfuhr nicht erholt. Einige Blätter haben sich wohl große Mühe gegeben, dies Verbot als etwas gar nicht Beunruhigendes hinzustellen, bloß als eine Vorsichtsmaßregel, die ergriffen worden sei, weil sich die Nachbarstaaten so eifrig rüsten und Rußland auf alle Fälle sich selbst sichern müsse, wenn etwa die Staaten, die einer Komplettierung ihrer Kavallerie, ihrer Artillerie und ihres Trains bezüglich des Pferde-Stats bedürfen, sich nach Rußland wenden sollten, um Pferde zu kaufen.

Gleichzeitig bemühen sich die „Nowosti“, ihre Leser von dem Schreck zu erlösen, als richte diese Maßregel hauptsächlich ihre Spitze gegen Frankreich, weil letzteres in Rußland jetzt wieder Pferde kaufen wolle, nachdem in Deutschland ein Ausfuhrverbot dies nicht mehr gestattet; das sei durchaus nicht der Fall, das sei ein großer Irrthum! Dies zeigt, wie sehr manche Kreise, welche immer mit Frankreich sympathisiren, sich getroffen fühlen, weil durch die neue Maßregel auch Frankreich, das sich zu dem in Rußland erscheinenden Kriege gegen Deutschland rüstet, Hindernisse in den Weg gelegt werden. Im Uebrigen ist das Verbot nur erfolgt, weil man sich in Rußland selbst unsicher fühlt und nicht weiß, was die kommenden Monate bringen werden. Man fürchtet für den Fall eines deutsch-französischen Krieges, in welchem man den beiden kriegführenden Mächten gegenüber Neutralität beobachten würde, Verwicklungen auf der Balkan-Halbinsel und Festigung der dort unter Oesterreichs Protektion im Gang befindlichen Bewegung gegen die russische Vorherrschaft; in diesem Falle würde man sofort militärisch eingreifen, und dieser Eventualität dient in erster Linie das Verbot der Pferde-Ausfuhr.

Die Möglichkeit einer Rückkehr des Battenbergers ist das noch immer bei uns umgehende Gespenst, vor dem man sich bei uns insbesondere fürchtet, und ihm zu begegnen will man gewappnet sein, da ohnedies die Ansichten für die gütliche Beilegung der bulgarischen Frage in dieser letzten unruhigen Zeit wieder geschwunden sind. Mittlerweile hört die russische Presse nicht auf, über die Provokation Frankreichs durch Deutschland zu phantasiren, und hebt dieses Thema Tag für Tag ab. Der Krieg sei für Bismarck nothwendig, erklärt leichten Herzens die „Nowoje Wremja“, sowohl um nun ein für alle Mal die hartnäckige Reichstags-Opposition lahm zu legen, als auch um die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel nicht zu einer Lösung gelangen zu lassen, die für Rußland die Bedeutung einer Revanche für den Berliner Vertrag haben könnte. Frankreich sei dagegen von den friedliebendsten Absichten besetzt und Boulanger, das arme Opfer deutscher internationaler Herrschaft, ein wahrer Engel von politischer Mäßigkeit und Geduld.

Das ist die Art und Weise, wie in unserer russischen Presse Politik gemacht, d. h. gefälscht wird, um den eigenen unlauteren Gelüsten Luft zu verschaffen. Unter solchen Umständen verbreitet sich natürlich allgemein ein drückendes Gefühl der Unsicherheit, unter dessen Einfluß man mit Bangen jeden Morgen die Zeitung zur Hand nimmt, um die neuesten telegraphischen Meldungen einzusehen.

Münster i. Westf., 9. Februar. Der „Westfälische Merkur“ meldet, eine Versammlung von Vertrauensmännern der Zentrumsparthei im Wahlkreise Ahaus-Steinfurt habe einstimmig beschlossen, dem Abgeordneten Beckmann die Abstimmung in der Septennats-Frage freizustellen.

Nen-Strelitz, 9. Februar. Der frühere liberale Reichstags-Abgeordnete Gutsherr Bogge-Blankenhoff, der bei der letzten Wahl gegen den konservativen Kandidaten, Rittergutsbesitzer von Dergen-Brunn unterlag, hat eine Kandidatur abgelehnt. Von konservativer Seite wird dem

Bernehmen nach der Rittergutsbesitzer v. Dergen wieder als Kandidat aufgestellt werden.

München, 9. Februar. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Regierungs-Präsidenten von Schwaben und Neuburg, v. Hörmann, ist der hiesige Polizeidirektor Baron Beckmann ernannt worden. An die Stelle des Letzteren tritt der Oberregierungsrath Dr. v. Müller.

Ausland.

Paris, 8. Februar. Es bestätigt sich, daß die Differenz zwischen Boulanger und Flourens durch genügend erschienene Zusicherungen des ersteren beigelegt wurde, worauf Flourens seine Demissionsabsicht aufgegeben hat. Die schneidige Haltung Flourens in diesem Falle hat in politischen Kreisen den günstigsten Eindruck gemacht. Wie vorausgesehen, hat die Regierung beschlossen, sich dem Antrage Roche auf Vertagung der Debatte über die Kredite Boulangers entschieden zu widersetzen, worauf die Budgetkommission die Ablehnung beschloß. Dagegen ist die Börsennachricht, das Ministerium wolle für das Armeebudget die Priorität verlangen, unrichtig.

Paris, 9. Februar. Die einstimmige, lautlose Annahme des Kredits Boulanger wird natürlich als die patriotische That der Kammer gefeiert, aber die Journale bemühen sich gleichzeitig, nachzuweisen, daß sie keinesfalls ein beunruhigendes Symptom sei, schon, weil die Vorlage eingebracht worden, lange bevor die augenblickliche Situation eingetreten sei. „Gaulois“ will wissen, Goblet habe gestern Morgen in der Budget-Kommission unter anderen Gründen gegen den Antrag auf Vertagung angeführt, daß er dann in der Kammer das Wort ergreifen müsse, um Erklärungen abzugeben, welche die Kammer sicherlich befriedigen werden, aber möglicherweise im Auslande als ungenügend angesehen werden und eine „demande d'explication“ zur Folge haben könnten. Außerdem wird gemeldet, Flourens werde bezüglich der Kredite ein Zirkular an die französischen Vertreter senden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Februar. Nach dem Gesetz vom 29. Juni v. J. erfolgt vom 1. April 1887 ab die Heranziehung der im Offiziersränge stehenden Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindegewerke, und liegt nach § 4 desselben die Feststellung des der Abgabe unterliegenden Einkommensbetrages, die Ermittlung der Steuerhufe, die Mittheilung an die betreffenden Steuerpflichtigen, sowie die Benachrichtigung der berechtigten Gemeinden den Vorständen der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommissionen ob. Der Finanzminister hat unterm 2. d. Mts. den königlichen Regierungen Exemplare der nachfolgenden Anweisung zur Ausführung dieses Gesetzes mit dem Veranlassen übersandt, dieselbe durch das Amtsblatt schleunigst zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und die Vorständen der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommissionen, sowie die Kommunalbehörden mit entsprechender Instruktion zu versehen, damit die Feststellung des für Gemeindegewerke von den steuerpflichtigen Militärpersonen zu zahlenden Abgabebetrages rechtzeitig stattfindet. Die Kommunalbehörden sind namentlich darauf hinzuweisen, daß die Regelung der im Laufe des Steuerjahres eintretenden Ab- und Zugänge bezw. die Ueberweisung und Abgangstellung der betreffenden Abgabebeträge ihrerseits ohne Mitwirkung des Vorstehenden der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommission zu erfolgen habe, und daß zu dem Zwecke die diesen Gemeindeabgaben unterliegenden Militärpersonen von dem Kriegsminister angewiesen seien, bei der Verlegung des Wohnsitzes aus einem Gemeindebezirk in den anderen, sowie bei einer Versetzung innerhalb Preussens von einer solchen Veränderung sowohl der bisher empfangsberechtigten Gemeinde, als auch der Gemeinde des neuen Wohn- bezw. Garnisonortes unter Bezeichnung des Monats, mit dessen Ablauf die Empfangsberechtigung der ersteren erlischt, ohne Verzug Mittheilung zu machen. Die für die Veranlagung der Gemeindeabgabe erforderlichen Formulare sind nach den für die klassifizierte Einkommensteuer in der Zirkular-Befugung vom 19. Oktober 1877 gegebenen Bestimmungen zu beschaffen und den Vorstehenden der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommissionen zuzustellen.

— Von Herrn Herbert geht uns folgende „Berichtigung“ zu:

„In Ihrem Bericht über die Wähler-Versammlung vom Montag auf dem „Boß“ beruhen die Angaben über meine Rede auf Irrthum. Ich habe weder von dem Arbeiterschutzes gesprochen, noch habe ich gesagt, „es sei das Recht der Armen, an der Gesetzgebung gegen die Reichen mitzuwirken“. Vielmehr lauteten meine letzten Ausführungen wörtlich folgendermaßen: „Wir sind im Prinzip damit einverstanden, daß der Staat die Krankenversicherung der Arbeiter anordnet, aber wir sind nicht mit dem jetzt herrschenden Gesetz einverstanden, wir verlangen ein Gesetz auf demokratischer Grundlage. Der Arbeiter soll seine Angelegenheiten selbst ordnen. Das zweite Gesetz ist das Unfallversicherungsgesetz.“

Wir nehmen diese angebliche „Berichtigung“ zwar auf, bemerken jedoch, daß der Unterschied zwischen dem, was Herr Herbert selbst gesagt haben will — er verlange ein Gesetz auf demokratischer Grundlage und der Arbeiter solle seine Angelegenheit selbst ordnen — und unserm Bericht — es sei das Recht der Armen, an der Gesetzgebung gegenüber den Reichen mitzuwirken — dem Sinne nach so winzig ist, daß schon einige sozialdemokratische Haarpalkelei dazu gehört, um hier einen Gegenjag herauszufinden. Im Uebrigen sind uns die Worte, wie sie sich in unserm Bericht befinden, von Ohrenzeugen mitgetheilt, und wir glauben, daß dieselben ebenso gut wissen, was Herr Herbert wirklich gesagt, wie dieser selbst.

Der bisherige Privatdozent Dr. Wilhelm Hasbach in Greifswald ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung zu Grabow wurde beschlossen, an den Reichstag auf's Neue eine Petition wegen Errichtung eines Postgebäudes in Grabow abgehen zu lassen, da die im vorigen Jahre in derselben Angelegenheit abgeschickte nicht mehr zur Berathung kam. — Weiter beschäftigten sich die Stadtvorordneten auf's Neue mit dem pommerischen Stadttag. Bekanntlich wurde in letzter Sitzung beschlossen, seitens der Versammlung keine ferneren Vertreter für den Stadttag zu wählen und aus demselben gänzlich auszutreten. Hierzu hat sich der Magistrat jedoch nicht zustimmend verhalten, sondern hat erklärt, daß er sowohl das Mandat der Magistrats-Deputation, wie des Stadtvorordneten-Deputierten als nicht erloschen ansieht, so lange dasselbe von den Deputierten nicht niedergelegt wurde. Herr Huth als bisheriger Vertreter der Stadtvorordneten beim Stadttag erklärte hierauf, daß er sein Mandat niederlege. — Der Magistrat hatte die Absicht, die Giesereistraße durch den bauplanmäßigen Ausbau der Oberstraße zu entlasten und hatte sich deshalb mit den Adjunkten der letzteren Straße wegen Abtretung von Straßenterrain in Verbindung gesetzt, diese haben sich jedoch ohne Ausnahme ablehnend verhalten und mußte deshalb das Projekt aufgegeben werden. Um dennoch einen besseren Verkehr in der Giesereistraße zu ermöglichen, beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ermahnen, wegen Verbreiterung dieser Straße an gewissen Stellen bei dem Kreis-Ausschuß vorstellig zu werden.

Schließlich wurden noch die Berichte der Kommission über die Prüfung des Etats entgegengenommen.

Die Berichte über die Lage der Gewerthätigkeit und des Gewerbleibes für das Halbjahr vom 15. August vorigen bis einschließlich 15. Februar dieses Jahres und über die gegen das Vorhalbjahr etwa eingetretenen Veränderungen bei den Brennereien, Stärkfabriken, Brauereien, Malmühlen, Holzschneidemühlen, Maschinenbau-Anstalten, Glas-, Zuckerfabriken, Ziegeleien, Molkereien und des Tabakverkehrs sollen jetzt eingefordert werden. Daran haben sich Mittheilungen über die Verhältnisse des Handwerkerstandes zu schließen: Höhe der Löhne und Angabe, in welcher Weise sich der Gewerbebetrieb verändert, ob die Zahl der Handwerker sich vermehrt oder vermindert hat. Ueber die in den vorgenannten gewerblichen Niederlassungen zur Verarbeitung gekommenen Stoffe, sowie über deren Preis sind zahlenmäßige Angaben zu machen, ebenso ist zu berichten, ob die Fabrikate im Preise gefallen oder gestiegen sind.

Die 16. Zusammenkunft der deutschen Gesellschaft für Chirurgie findet vom 13. bis 16. April d. J. in Berlin statt.

In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kam zunächst eine Anlage wegen Widerstandes gegen einen Forstbeamten und Körperverletzung desselben zur Verhandlung, welche Angeklagte den Arbeitern Joh. Fr. Wilh. Biederstädter und Herrn Friedr. Hingst aus Neuendorf zur Last gelegt wurde. Der Thatbestand ist folgender: In der Nacht vom 23. bis 24. Februar v. J. traf der Privatförster Schmidt in der Neuendorfer Gemeindeforst zwei Männer beim Holzdiesstahl und als er denselben die bei der That verwendete Säge fortnehmen wollte, wurde ihm dieselbe aus der Hand gerissen und beide Männer schlugen mit Knütteln auf den Beamten ein. Die Männer entflohen, doch will Schmidt in den Thätern genau die jetzt Angeklagten erkannt haben und stellte er gegen dieselben Straf-antrag. Wegen des Holzdiesstahls stand bereits früher vor dem Schöffengericht Termin an, in welchem die Angeklagten einen Alibiweis dahin antraten, daß sie in der betreffenden Nacht ihre

Wohnung nicht verlassen, sondern während derselben gezecht und Karten gespielt hätten. Sie hatten auch mehrere Zeugen gestellt, welche diese Angabe bekräftigten und wurden bei dem Widerspruch in den Zeugnisaussagen von dem Gerichtshof freigesprochen. Gestern hatten sich Biederstädter und Hingst wegen Körperverletzung des Beamten zu verantworten und wiederum standen sich, wie bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht, die Zeugnisaussagen vollständig widersprechend gegenüber und hatten die Geschworenen zu entscheiden, welchen Aussagen Glauben zu schenken wäre. Gegen Biederstädter fiel erschwerend ins Gewicht, daß er bereits vielfach vorbestraft, darunter mehrfach wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Nachdem die Verhandlung bis gegen 6 Uhr Abends gewährt hatte, gaben die Geschworenen ihr Verdict dahin ab, daß beide Angeklagte schuldig seien und wurden nur dem Hingst mildernde Umstände bewilligt. Der Gerichtshof erkannte demgemäß gegen Biederstädter auf 2 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust, gegen Hingst auf 6 Monate Gefängnis. Biederstädter wurde sofort in Haft genommen. Um 1/8 Uhr begann noch eine zweite Verhandlung mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

(Ornithologischer Verein. Sitzung vom 31. Januar. Vorsitzender Herr Dr. Bauer. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des kürzlich verstorbenen Ehrenmitgliedes, des Herrn Oberlehrers Theodor Schmidt, welcher dem Verein stets in selbstloser und treuester Hingebung zur Seite gestanden hat. Die Versammlung erhebt sich zum Andenken von ihren Sihen. — Herr Dr. Bauer ergreift darauf das Wort zu seinem angekündigten Vortrage über die europäischen Weihen. Die Familie der Weihen — Ciconiidae — schließt sich in der Ordnung zunächst an die der Habichte und Bussarde, bildet jedoch durch die Bildung der Federn, die Stellung der Augen, den deutlichen Schleier sowie ihre Lebensgewohnheiten den Uebergang zu den Eulen. Die Weihen sind Vögel der Ebene; man unterscheidet die einzelnen Arten im Fliegen leicht durch die Stellung der ersten Schwinge. Die am häufigsten bei uns vorkommende Art ist *Circus aeruginosus*, die Rohrweihe, die größte ihrer Gattung. Sie bewohnt hauptsächlich die Ufer der Seen und Sümpfe und ist ein arger Nesterplünderer und Vogelräuber. Die zweite bei uns heimathende kleinste Art ist *C. cinereus*, die Wiesweihe. Bei uns verhältnismäßig selten, variiren die Kleider der einzelnen Geschlechter dieser Art ebenso stark wie bei der vorigen. Ihr Schaben ist nicht so bedeutend, wie der der Rohrweihe. Die dritte Art, *C. cyaneus*, die Kornweihe, wegen ihrer hellen Färbung bei uns auch Mähweihe genannt, ist in Pommern sehr häufig. Sie liebt große Kornfelder mit Weizen und Wasser abwechselnd und richtet überall großen Schaden an. Systematisch sucht sie die Felder ab und plündert Reifer, schlägt Vögel und selbst Hasen. Die vierte und letzte Art ist die bei uns nicht heimische Steppenweihe, *C. pallidus*, welche nur vereinzelt auftritt und ihre Heimath mehr im Osten Europas hat. Es wäre wünschenswerth, wenn sämmtlichen Arten von Jägern und Jagdliebhabern etwas mehr Abbruch gethan würde, da ihr Schaden ganz bedeutend ist. — Herr Kunert berichtet darauf über die vor Kurzem in Berlin stattgehabte Ausstellung des Vereins „Ornis“, die jedesmal größte Vogelausstellung Deutschlands. — Es folgt sodann die Aufnahme und Anmeldung neuer Mitglieder. — Herr Teltow hat eine Kollektion Vogelbauer ausgestellt, welche für einzelne gehaltenen Singvögel bestimmt, endlich einmal eine Besserung in der so sehr reformbedürftigen Käfigform zeigen. Die Bauer sind, wie es jeder Vogel verlangt, mehr läng als hoch, haben ein sehr gefälliges Aeußere und sind verhältnismäßig billig.

Stettiner Gartenbau-Verein. Versammlung vom 7. Februar. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Koch, gelangten die eingegangenen Schriftsachen zur Kenntniß der Versammlung. Hervorzuheben darunter war ein in der in Klosterneuburg bei Wien erscheinenden Zeitschrift „Der Obstbau“ befindliches Preisausschreiben, in welchem für 5 Aufgaben im Baumschnitt 300 vergoldete, 600 versilberte und 120 bronzene, also zusammen 2100 Medaillen als Preise bestimmt sind. Ferner machte Herr Wiefe der Versammlung Mittheilung von einer Verfügung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, in welcher die Bewilligung der für die Gartenbau-Ausstellung nachgesuchten Staatsmedaillen ausgesprochen war; sowie von einem Schreiben des Herrn Oberpräsidenten, worin sich derselbe mit der für die Verleihung des von ihm bestimmten Extrapreises gestellten Preisaufgabe einverstanden erklärt. In Betreff der Ausstellung selbst wurde mit Bedauern hervorgehoben, daß man noch immer nicht mit den Erdarbeiten auf dem Ausstellungsgelände beginnen könne, weil der wegen Ueberlassung desselben vereinbarte Kontrakt noch nicht die Genehmigung des Herrn Ministers erhalten habe; es sei dies um so bedauerlicher, als nicht allein die Witterung gegenwärtig besonders günstig dafür wäre, sondern auch die Arbeitskräfte jetzt leichter und billiger zu haben seien, als später; es wird daher dem Vorstande in Erwägung gegeben, das Geeignete zu veranlassen, damit sobald wie möglich mit den Arbeiten begonnen werden kann. Hierauf erfolgte die Verlesung des Rechnungsrevisionsprotokolls und wurde auf Grund desselben dem Schatzmeister einstimmig Entlastung ertheilt. — In Beantwortung der in der Januarsitzung aufgeworfenen Frage, wie die

sich bei fermentirenden Stoffen entwickelnden, den Pflanzen schädlichen Dämpfe zu messen seien, theilte Herr Dr. Jütte mit, daß dies sehr leicht geschehen könne, indem man ein in Salzsäure getauchtes Glasstäbchen in die Nähe des fermentirenden Stoffes bringe und aus der Qualität der sich hierbei entwickelnden Dämpfe auf den Ammoniakgehalt schließen könne. Es sei selbstredend, daß die ammoniakhaltigen Dünste jarten Pflanzen schädlich seien und empfehle sich namentlich ein gründliches Lüften der betreffenden Gewächshäuser und Mistbeete, sowie das Aufstellen einer Schale mit verdünnter Schwefelsäure, welche den Ammoniak anziehe. — Als ein vereinfachtes Mittel, in Gewächshäusern gegen Ungeziefer zu räuchern, empfiehlt Herr Kasten, den Tabakschmirl, wie er sich in den Abgüssen der Pfeifen ansammelt, in einem Gefäß über einer Spiritusflamme verdunsten zu lassen; der sich entwickelnde Dampf sei zwar so intensiv, daß der Aufenthalt in demselben unmöglich sei; trotzdem schade er aber den Pflanzen selbst keineswegs. — Eine Anfrage, wie es komme, daß der Rosenkohl oft nur lockere und schlechte Köpfe bilde, wird dahin beantwortet, daß man zunächst für eine gute Aussaat sorgen müsse, und daß es sich fernern empfehle, nicht zu früh, also erst im Monat Juni, zu pflanzen, da die im Mai sehr häufigen Nachfröste auf die Kohl- wie auch auf die Kohlrabipflänzlinge schädlich wirken. Herrn Obergärtner Ziegler wurde für die von ihm angestellten 4 Töpfe mit prächtig blühenden Bellchen eine Prämie zuerkannt.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Stettin. Herr Justizrath Leistkow ist von den Nationalliberalen als Kandidat aufgestellt und hat von diesen die Kandidatur angenommen. Das vereinigte Komitee der Konserativen und Handwerker hat der Kandidatur zugestimmt. Die Zentralvorstände der 3 Kartellparteien in Berlin haben einstimmig beschloffen, Herrn Justizrath Leistkow als Kandidaten der 3 Kartellvereine zu empfehlen.

Freitag, den 11. d. M., Abends 7 Uhr, findet für die Orte Finkenwalde, Podeljuch und Umgegend im Ed'schen Schützenhause eine liberale Wählerversammlung statt, in welcher mehrere Herren aus Stettin anwesend sein werden und Herr Dr. Wolff seine Kandidatenrede halten wird.

Im Wahlkreis Stolp-Lauenburg ist dem konservativen Kandidaten, Rittergutsbesitzer Frhr. v. Hammerstein-Berlin, von liberaler Seite Herr Oberbürgermeister von Forckenbeck-Berlin entgegengestellt.

Aus den Provinzen.

Bernischtes aus Pommern. Am Montag Morgen ist die Stadt Bollnow von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht worden. — Noch 4 Uhr ertönte Feueralarm. Es brannte 2222 jogenannten Moorbach, nahe an der Stadt, liegenden Scheunen. Da dieselben großentheils alt und ohne Brandgiebel in Fachwerk erbaut waren, so verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit. 19 dieser Scheunen standen gleichzeitig in Flammen. An ein Retten war hier nicht zu denken, vielmehr beschränkte sich die Thätigkeit der Löschmannschaften darauf, die noch nicht brennenden Gebäude zu schützen, was denn auch nach vielen Anstrengungen gelang. Groß sind die Verluste, besonders da mehrere Scheunen gar nicht und die übrigen nur niedrig versichert waren. Auch große Vorräthe an Korn und Futter sind mitverbrannt, ebenso Wagen und sonstige Adergeräthschaften, die meistens auch nicht versichert waren. Man vermuthet böswillige Brandstiftung. — An demselben Tage hat auch die Stadt Stolp ein größeres Brandunglück betroffen. Abends gegen 5 1/2 Uhr entstand in der Wattenfabrik von J. C. Frank in der Höhlenstraße dadurch Feuer, daß ein Arbeiter auf ein am Fußboden liegendes Streichholz trat, sich dieses entzündete und die umher liegende Baumwolle und Watte Feuer fing. Der Arbeiter versuchte zwar, das Feuer mit den Händen zu ersticken, es gelang ihm dies jedoch nicht, vielmehr zog er sich erhebliche Brandwunden an den Händen zu. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, binnen kurzer Zeit standen sämmtliche Räumlichkeiten des Hinterhauses in Flammen. Das drei Stodwerke hohe Fachwerk-Gebäude war mit den darin enthaltenen Baumwoll- und Watte-Vorräthen ein einziges Flammenmeer. Einzelne Ballen Baumwolle und Pakete mit Watte gelang es, zu retten, im Uebrigen mußten die sämmtlichen Vorräthe, sowie die Maschinen, welche sowohl im Erdgeschos wie in der ersten Etage des Hintergebäudes standen, preisgegeben werden. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch das Vorderhaus von dem Feuer ergriffen wurde. Hier befanden sich im Erdgeschos nach hinten heraus ein Verkaufsladen mit Vorräthen, nach vorne die Komtoir-Räumlichkeiten, in der ersten Etage eine Privatwohnung, in der zweiten Etage eine Bernsteinschleiferei, zu der Frank'schen Bernsteinschleiferei, in der Präsidentenstraße gehörig. Der größte Theil des in der Schleiferei vorhandenen, bereits verarbeiteten Bernsteins ist von den Flammen vernichtet. Außerst gefährdet waren die unmittelbar an das Frank'sche Grundstück stoßenden Nachbar-Grundstücke, und wirklich theilte sich in der achten Stunde das Feuer dem Pappdache des massiv gebauten Tischlermeister Fied'schen Hofgebäudes mit, welches gleichfalls eingekesselt wurde. An dem entstandenen erheblichen Schaden, welchen das Brandunglück angerichtet hat,

sind verschiedene Feuer-Versicherungs-Gesellschaften theilhaftig. Den größten Schaden, nämlich den bei Frank, der sich auf mindestens 50,000 Mark belaufen wird, hat die Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu decken. — Ein weiteres Feuer fand in der Nacht zum Dienstag in Augustwalde bei Altdamm statt und wurde durch dasselbe das Gehöft des Bauern Falk vollständig eingekesselt, u. A. verbrannten mit den gesammelten Vorräthen auch 40 Scheffel Roggen, welche Falk am Montag Abend aufgemessen hatte, um sie am nächsten Morgen verladen zu lassen. — Stargard, 9. Februar. Gestern Nachmittag war der Bauer Wilhelm Lüpke in Bägerlin im Begriff, mit seinem Bruder August nach der Haide zu fahren. Unterwegs schenken die Pferd vor einem vorüberlaufenden Hunde und gingen durch, wobei die beiden Brüder vom Wagen fielen. Dem Wilhelm ging ein Rad über das Gesicht und erhielt derselbe ziemlich bedeutende Verletzungen. August Lüpke kam mit einer Verrenkung der Schulter davon. Es wurde sofort ärztliche Hülfe von hier geholt. — Schivelbein. Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Anleihscheine des Kreises Schivelbein im Betrage von 90,000 Mark.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Letztes Gastspiel des Fräulein Elsa Friedhoff vom Hoftheater zu Hannover. „Maria und Magdalena.“ Schauspiel in 4 Akten.

Freitag. Stadttheater: Benefiz für Herrn Mühe. „Die Zauberflöte.“

Bernischte Nachrichten.

Der letzte zweite Hauptgewinn der preussischen Lotterie, 300,000 Mark, ist, wie das „B. T.“ hört, in eine Berliner Kollekte, und zwar in die des Herrn Eduard Friedrich, Reanderstraße 34, gefallen. Der glückliche Gewinner, der das ganze Loos allein spielte, soll es eigentlich „nicht nötig haben“, da er mit Glücksgütern ohnehin reich gesegnet ist.

Am 27. Januar starb, wie bereits gemeldet, auf seinem Rittergute Trautlad der Major a. D. von Wernsdorff, außer Sr. Majestät dem Kaiser der einzige Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse aus den Freiheitskriegen. Unter den vielen Blumenpenden, welche den Sarg des Verstorbenen schmückten, befand sich auch ein Kranz Sr. Majestät des Kaisers, welchen Allerhöchstdieselbe nach eigenen Angaben und nach einer von eigener Hand gemachten Zeichnung hatte anfertigen lassen. Dieser Kranz war aus Lorbeer geflochten und trug auf der Mitte des unteren Randes eine große schwarzweiße Atlas-schleife, von welcher je zwei schwarze und weiße lange Atlasbänder herunterhingen. Auf der Schleife war eine gleiche im Kleinen angebracht, welche die Farben des Bundes zum Eiserne Kreuz und in der Mitte das Eiserne Kreuz erster Klasse von 1813, 14, 15, vom Hofjuwelier Godel eigens zu diesem Zwecke angefertigt, trug. Bevor der Kranz an seinen Bestimmungsort abging, hatte ihn der Kaiser noch erst zur Ansicht sich vorlegen lassen.

(Nacht der Gemohnheit.) In einer Straffache war kürzlich ein einziger Zeuge zu vernehmen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes ließ ihm die übliche Belehrung über die Heiligkeit des Eides zu Theil werden und sagte dann: „Jetzt begeben Sie sich in das Zeugenzimmer und warten dort, bis Sie einzeln vorgerufen und vernommen werden.“

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Limburg, 9. Februar. Das Amtsblatt des Bisthums Limburg veröffentlicht einen Erlaß des Bischofs, welcher dem Klerus untersagt, sich an der Wahlagitation gegen das Septennat zu betheiligen; den neugewählten Mitgliedern des Zentrums dürfe nicht ersichert werden, den im Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini ausgebrachten Wünschen Rechnung zu tragen.

Rom, 9. Februar. Der König konferirte gestern mit den Präsidenten der Deputirtenkammer und des Senats. In Deputirtenkreisen heißt es, die Kammer werde sich nach Genehmigung des Budgets vertagen.

Rom, 9. Februar. Eine amtliche Depesche des Generals Genée an den Kriegeminister über die am 25. und 26. d. M. stattgehabten Kämpfe sagt: Das Verhalten der Truppen war ein glänzendes. Die Zahl der Toten beträgt 23 Offiziere und 407 Soldaten, die Zahl der Verwundeten 1 Offizier und 81 Soldaten. Alle Verwundeten befinden sich im Hospital von Rasso-wah, der größere Theil derselben wird mit dem Postdampfer in die Heimath befördert.

Yhon, 9. Februar. Gestern Abend platten hinter dem Justizpalaste zwei gegen ein Gitter des benachbarten Polizei-Kommissariats geschleuderte Bomben. Der Polizei-Kommissar, sowie zwei Polizisten, welche nach der Explosion der ersten Bombe aus dem Hause eilten, wurden durch die zweite leicht verwundet. Es wurden acht Verhaftungen vorgenommen.

London, 9. Februar. „Morningpost“ von heute Morgen läßt sich aus Paris melden, daß Flourens den französischen Botschafter in Konstantinopel beauftragte, ganz im Einvernehmen mit den übrigen Großmächten die bulgarische Frage zu behandeln, um zu zeigen, daß Frankreich einen Krieg zu vermeiden bestrebt sei.